

25-2097-1

ZEUGENSCHRIFTTUM

Name: EHARD, Dr. Hans	ZS Nr. 3097	Bd <u>1</u>	Vermerk:
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Herrn Professor

Hr. E. Kiewitz

72. Freilichtg-Museum

Sommeradresse 24

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 49473	Bes. 253097
Rep. /	Kat.

Ihre geehrte Herr Professor!

Ihre Frau Träger zu der Münchner, der einzigen gesamt-
deutschen Ministertreffenkonferenz vom 5. - 7. Juni 47
 (47 47) wird ich Ihnen gern ausrichten geben.

Es fällt mir das war nicht leicht, denn über die 47
 hat schon so viel geredet und geschrieben und mehr oder
 weniger phantasievoll ausgelegt worden, dass ich mich
 nicht selber darüber geäußert habe. Mirra hat sogar ein
 Allwissen in einer sehr hübschen und weitverbreiteten
 Zeitung geschrieben, ich hätte diese Konferenz im Auf-
 trag und nach Meinung der Amerikaner einberufen und durch-
 geführt.

Um zu verstehen, wie es zu dieser Konferenz gekommen ist,
 muss man sich die Zustände nach der Zusammenbruch des
 Jahres 1945 vor Augen halten. Deutschland wurde in die be-
 kannten vier Besatzungsmächte geteilt, die Deutschen hatten
 keinerlei Regierungsbefugnisse mehr, sie waren ganz von den
 Besatzungsmächten abhängig. Die oberste Gewalt in den vier
 Besatzungsmächten hatte jeder Oberbefehlshaber in seiner
 Zone selbstständig aus. Nur für Angelegenheiten, die alle
 Teile Deutschlands als Ganzes betrafen, wurden gemeinsa-
 me Anordnungen vorgesehen und für sie der Alliierte
 Kontrollrat geschaffen. Bis auf weiteres, so hieß es,
 wird keine deutsche Regierung errichtet und den Deut-
 schen eine politische Diskussion darüber verboten.

Es stand in den Fondamentalkonkurrenz noch auf folgendem Satz: "Während der Besatzungszeit ist Deutschland nicht ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten." Zur Durchföhrung sollte von Vorkollabor ein deutscher wirtschaftlicher Verwaltungsausschuss geschaffen, mit Befugnissen versehen und kontrolliert werden. Die Besatzungsmächte hatten in dieser Richtung aber nicht zu stande gebracht. Die Konferenzen der Außenminister in Moskau und London verliefen ergebnislos. Die Sowjets gingen mild ihre eigenen Wege und kümmerten sich um keine Abmachungen mehr. Aber auch die drei westlichen Besatzungsmächte machten sich kein, ohne Rücksicht auf einander jede ihre eigene Politik und sie unterschieden sich schon nach zwei Jahren in Wirtschaftsauffassen, Sozialbegriffen, Gedankensystem und Verwaltungssystem weitgehend von einander. Auch die westlichen Zonen konnten kaum zusammenkommen. Zur Regelung von der einen zur anderen Zone schickte man sogar Botschafter mit einer besonderen Ermächtigung. In Bayern waren wir von den Sowjets im Norden und der Wehrmacht im Osten rund 400 km lang völlig eingeschlossen.

Vorne hat diese Gesamtsituation kurz geschildert habe, so sage ich Ihnen gewiss damit nicht Neues. Aber Sie werden verstehen, dass es unter der gegebenen Umgebungen sorgfältiger Überlegungen und beständiger und "ständiger" Verhandlungen und Gespräche bedurfte, um zu einem Ergebnis zu kommen.

Kun ein Wort zum Ausgangspunkt.

Der Winter 1946/47 war ausserordentlich hart. Die Kontingentsrichter 1947 waren nicht günstig und der Gedanke war für immer quälender und beklammernder: Was würde der nächste Winter bringen? Es war unsere Iringrundlage Pflicht, alles erdenkliche zu tun, um die Wirtschaftskraft unserer Bevölkerung zu stärken und sie vor der zahllosen Katastrophe des nächsten Winters zu bewahren.

In dieser Zeit fasste ich nach Besprechung im engsten Kreis meiner Mitarbeiter Anfang Mai 1947 den Entschluss, diesen Versuch zu wagen, durch eine Konferenz der Vizepräsidenten der Länder sowie vier Besatzungsmächte die Kräfte zur Beseitigung der Wirtschaftskrisen zusammenzuführen, um gemeinsam zu wirkungsvollen Massnahmen zu kommen oder solche den Besatzungsmächten wenigstens vorzulegen, soweit wir sie nicht selber ausführen könnten. Gleichzeitig sollte dadurch der Schmach des deutschen Volkes nach Einheit und Wiedervereinigung Ausdruck verliehen werden, wenn wir uns auch durchaus bewusst waren, dass sich die Besatzungsmächte die künftige staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands ausdrücklich vorbehalten hatten und uns eine politische Debatte darüber anheimgab war.

Da aus Kiel zu sehen, bedurfte es nicht nur der Unterstützung der Regierungsmächte der anderen Länder, sondern vor allem auch der Einwilligung der Besatzungsmächte. Meine Kollegen der westlichen Besatzungsmächte waren gleich bereit, den Vorschlag aufzugreifen.

Als erstes musste ich selbstverständlich aus Mithras die für Bayern zuständigen amerikanischen Vizepräsidenten vorzubereiten, was ich eine offizielle Einladung aussprechen konnte, ich verhandelte persönlich mit General Clay. Er war von den Gedanken der Konferenz nicht gerade erheitert, schab aber doch keine grundsätzlichen Einwendungen. Auch meine Kollegen in der britischen Zone schickten die Genehmigung von ihrem Oberbefehlshaber ohne besondere Schwierigkeiten. Die Franzosen dagegen waren bis zum letzten Augenblicke sehr zurückhaltend und die Kollegen der französischen Zone mussten schon recht "säh" verhandeln, bis General König sehr überzeugend seine Zustimmung erlangte. Wenn ich mich recht entsinnere, wurden die Kollegen sogar persönlich nach Paris befohlen.

Schlüsselig hatten aber alle Oberbefehlshaber der westlichen Zonen ihre Genehmigung erteilt. Alle wachten den Vorbehalt, dass zwar über wirtschaftliche Dinge

(Mitschke, Mann, Meißner, Meißner, Mühlhagen, Sorge
 und die Kriegspolaren und Tische nach Vermissen v.a.w.)
 gesprochen werden konnte, dass aber über die künftige Ge-
 staltung Deutschlands nicht verhandelt werden dürfe.
 Dieser Konzepts wurde von den Franzosen so stark be-
 betont, dass die Kollegen der französischen Zone angewie-
 sen waren, die Konferenz sofort zu verlassen, wenn da-
 gegen verhandelt würde. Der Vertreter des Saarlandes
 wurde übrigens die Teilnahme an der Konferenz verweigert.
 Aktenmäßige Vorkerkungen oder Protokolle über alle
 diese Gespräche oder wenn Sie wollen "Verhandlungen"
 werden Sie kurz finden können.

Sie erinnern, ich hätte in meiner Rede vom 14.5.47
 gegenüber dem Vorstand des Bildungsausschusses "auf-
 merksame" Rückmeldungen gemacht. Dazu möchte ich sa-
 gen: In der Einladung vom 7. Mai 1947 war das Thema der
 Beratungen nur in allgemeiner Form angegeben. In
 meiner Redefunktion vom 14.5.1947 konnte und musste ich
 den Rahmen hierfür abgrenzen, denn es waren einige
 Sachverständige aufgetreten. Ich erwähnte schon die recht
 reservierte Haltung der französischen Oberbefehlshabers.
 Vor allem aber verhielten sich die Herren der Sowjetzone
 durchaus ablehnend. Sie wollten sich, wenn überhaupt,
 nur auf eine sogenannte politische Konferenz einlassen.
 Ich traf mich deshalb mit Ministerpräsidenten Dr. Friedrich
 von Thüringen in Hof, besprach mit ihm die Lage und ver-
 suchte, ihn für mein Vorhaben zu gewinnen. Das Gespräch
 war sachlich, höflich, aber erfolglos. Ich konnte nicht
 erkennen, was die Sowjetzone von würde. Ich hatte das Ge-
 fühl, dass wir vor einer Mauer unüberwindlicher Gegen-
 sätze standen.

In der Bayerischen Staatskanzlei war unterdessen ein erster
 Entwurf zur Gliederung des Arbeitsstoffes zusammengestellt
 worden. Am 30.5.1947 machte die Ministerpräsidenten der
 britischen Zone in einer Besprechung in Hannover ihre eigene
 Vorschläge zur Tagesordnung. Sie stimmten mit uns durchaus
 überein, dass alle rein politischen Themen als nicht in
 die Konferenz der Ministerpräsidenten gehörig anzusehen waren.
 Ich selbst war nicht bei dieser Besprechung in Hannover an-
 wesend.

Sa-2001

Konferenz

Institut für Geschichte

Am 7. Juni fand eine Referentenbesprechung im Ministerium statt, Zweck war, einen gemeinsamen Entwurf einer Tagesordnung für die Konferenz vorzubereiten. Für die Gesamtministerpräsidenten wandten dazu keinen Vertreter.

Sie blieben bis zum Schlusse im Ungewissen, ob die Ministerpräsidenten der Gesamtzone an der Konferenz teilnehmen würden. Erst am Vortage des 5. Juni ergab sich mir telegrafisch die Nachricht, dass die Ministerpräsidenten aus dem Bereiche Mittel- und Ostlands mit dem Kraftwagen vom Minister unterwegs seien. Sie trafen am Abend des 5. Juni in München ein. Zu unserer Überraschung allerdings ohne sachverständige Berater. Wir konnten uns schwer vorstellen, dass nur die vielen Einzelheiten der anstehenden Probleme ohne solche Sachberater auf der Konferenz beherrschen und bearbeiten könnte.

Nach einem einfaches Abendessen, bei der in geselliger Atmosphäre Trinkgespräche mit der Vertretenschaft aller Teile unserer Vertretung geschloßt wurden, eröffnete ich kurz vor 22 Uhr in der Bayerischen Staatskanzlei eine nicht-öffentliche Vorkonferenz, die sich mit dem Entwurf der Tagesordnung befaßten sollte.

Über die von der Konferenzkommission erzielte Meinung wurde eine Tagesordnung referiert. Die Aussagen der damalige Ministerpräsidenten Dr. Wunderlich (Nordrhein-Westfalen), Dr. Wies zugleich darauf hin, dass ich selbst als Vorsitzender in Ansehluss an die Begrüßung von Schöler an der Konferenz in einer Artklärung ein Bekenntnis zur Eigenverantwortlichkeit der deutschen Länder abgeben wollte.

Ich hatte gleich am Anfang dieser Vorkonferenz darauf hingewiesen, dass wir uns heute über die Tagesordnung unterhalten wollten, dass aber die endgültige Beschlussfassung darüber der Ministerpräsidentenkonferenz selbst vorbehalten bliebe.

Es meldete sich sofort als erster Ministerpräsident Dr. Höcker von Mecklenburg zum Wort. Er führte aus: Die Ursache unserer wirtschaftlicher Not sei die Verzerrtheit Deutschlands in verschiedenen Zonen. Die Ministerpräsidenten der Gesamtzone müssten deshalb beantragen: "Als entscheidende Voraussetzung für die Verhandlungen der

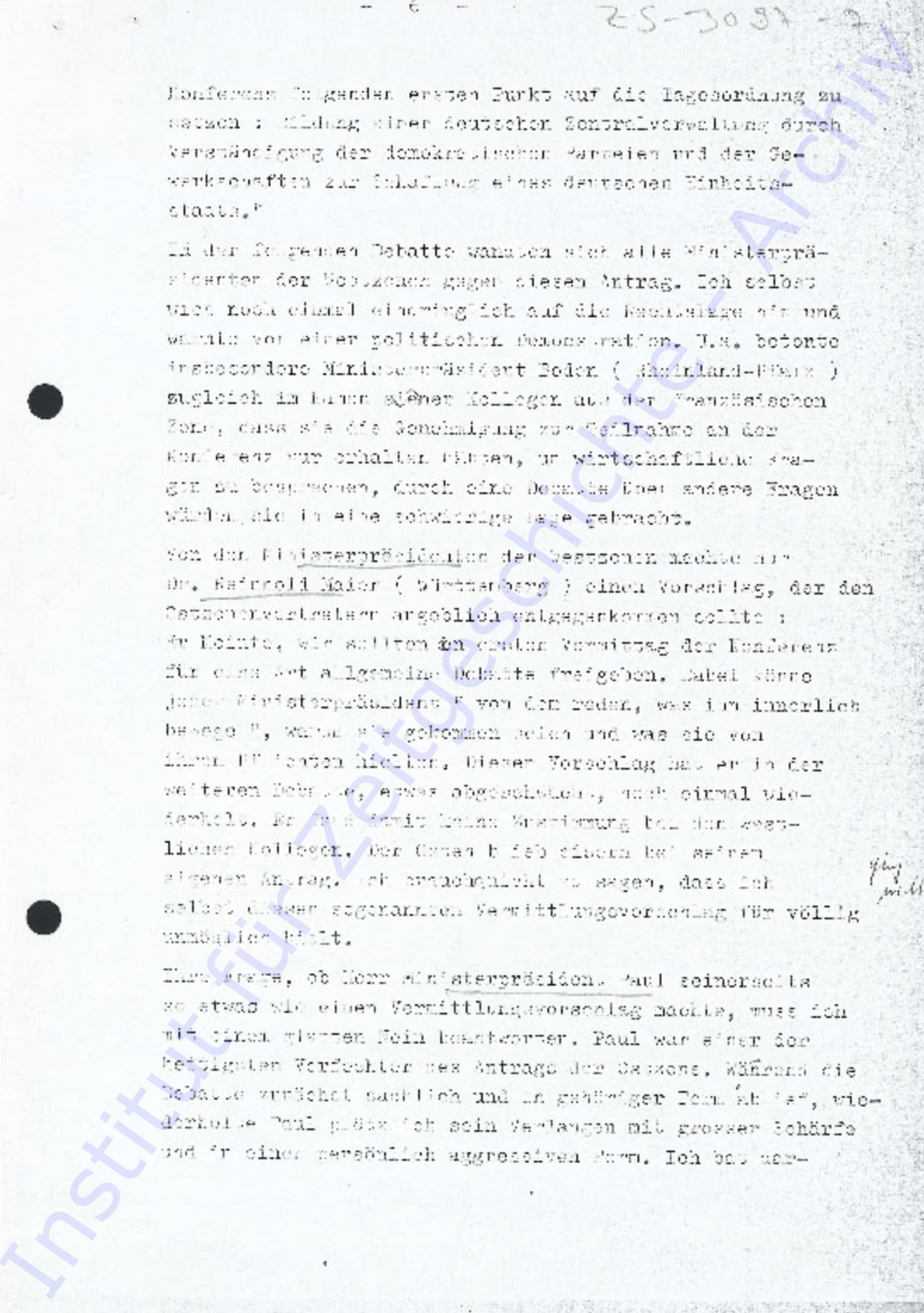
Konferenz folgenden ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Vereinigung der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaats."

In der folgenden Debatte wandten sich alle Ministerpräsidenten der Besetzer gegen diesen Antrag. Ich selbst warf noch einmal einseitig auf die Sachlage ein und warnte vor einer politischen Demoralisation. U.a. betonte insbesondere Ministerpräsident Bode (Sachsen-Anhalt) zugleich im Namen seiner Kollegen aus der Französischen Zone, dass sie die Genehmigung zur Teilnahme an der Konferenz nur erhalten hätten, um wirtschaftliche Fragen zu besprechen, durch eine Debatte über andere Fragen würden sie in eine schwindlige Lage gebracht.

Von dem Ministerpräsidenten der Besetzer machte mir Dr. Arnold Maier (Württemberg) einen Vorschlag, der den Besetzervertretern angeblich entgegenkommen sollte: Er wollte, wie sollten im weiteren Verlauf der Konferenz für eine Art allgemeine Debatte freigegeben. Dabei sollte jeder Ministerpräsident "von dem reden, was ihn innerlich bewegt", wurde nie gekonkretisiert und was sie von ihrem Plätzen hielten. Dieser Vorschlag hat er in der weiteren Debatte, etwas abgeschwächt, auch einmal wiederholt. Er hat damit keine Verantwortung bei der wesentlichen Kollekt. Der General hat sich einem bei seinem eigenen Antrag. Ich erwähne nicht zu sagen, dass ich selbst dieser sogenannten Vermittlungsvorschlag für völlig unzulässig hielt.

flüchtig

Ich frage, ob Herr Ministerpräsident Paul seinerseits so etwas wie einen Vermittlungsvorschlag machte, muss ich mit einem gewissen Nein beantworten. Paul war einer der heftigsten Verfechter des Antrags der Besetzer. Während die Debatte zunächst sachlich und in geläufiger Form ab lief, wiederholte Paul immer noch sein Verlangen mit großer Schärfe und in einer persönlich aggressiven Form. Ich war dar-



zufuhr, doch nicht diese Beschlüsse und persönliche Zugriffe in die Diskussion hineinzufragen. Das sei bisher von keiner Seite geschahen. Für erklärte Lareaffin, er wolle er für sein, dass er sich mit den anderen Vertretern der Ötzzone kein befürworte.

Seine weiteren Worte zusammenfassend, verließen nun die Vertreter der Ötzzone pünktlich das Zimmer und verließen gesondert in einen anderen Raum. Ich suchte sie hier noch einmal auf, konnte sie aber auch nicht umbringen. Nach etwa einer Stunde besuchten sie nur noch kurz bei der Vernehmung und nur, um durch ihren Prozess, Ministerpräsident Dr. Brüning von der Reichsregierung, der übrigens an den vorhergehenden Besprechungen am gleichen Abend nicht teilgenommen hatte, sondern verabschiedet eingetroffen war, erklären zu lassen, dass sie an der weiteren Tagung nicht teilhaben können. Ich bin sie abgegangen. Sieher der Ministerpräsidenten des Mittelwesens und hat mir beim Abschied das folgende geschrieben: 'Es tut mir leid, aber wir sind mit gekauften Marschroute besessen.'

Wir haben noch am Dienstag Morgen versucht, durch noch abgeordnete die Ministerpräsidenten der Ötzzone wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Ich habe ihnen auch mitteilen, dass während der ganzen Konferenz der Platz für sie freigehalten würde, eine zustimmende Antwort haben wir leider nicht erhalten.

Dies alles geschah in Einvernehmen mit der Ministerpräsidenten der Westzone. Die der SPD angehörenden Konferenzteilnehmer haben nie einen Block gebildet und sie erklärt, sie konnten verlassen zu wollen, wenn die Ötzzone Ministerpräsidenten nach ihrer separaten Beratung am Abend vorher zurück an den Verhandlungstisch kommen würden.

Die Tagesordnung wurde, wie sie genehmigt aufgestellt war, durchgeführt. Sie war übrigens von General Hey wieder vorgeschrieben oder festgelegt, nach war mit ihm darüber in einzelnen verhandelt worden. Wir hatten nur den erwähnten Vorbehalt zu beachten, keine politische Diskussion über die künftige staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands zu führen. Auf diesen Vorbehalt allein konnte

sich die angeblich oder wirklich erfolgte Ausfertigung
von Herrn Dr. Hoegger über die "Besetzung" der Tagesordnung
auf die Müllerregierung beziehen.

Darüber glaube ich alle Ihre Fragen beantwortet zu haben.
Für mich allein: Herr Gishel hat mich in dieser Hinsicht wie
befragt.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen etwas läng gewordenen Aus-
führungen einigermaßen dienlich zu haben, besonders nun,
dass sie so spät kommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
verbleibe ich

Ihr Herr sehr ergebener

Karl Schrad

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Herrn
 Professor Dr. Einar Krautkrämer
 78 F r e i b u r g - Littenweiler
 Sonnenbergstrasse 23

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4940/73	Best. ZS 3097
Rep. /	Kat.

Sehr geehrter Herr Professor !

Auf Ihren Brief vom 16. August möchte ich Ihnen zugleich zur Ergänzung meines Briefes an Sie vom 7.5.1972 Folgendes mitteilen :

Das Gerüde von den geheimen Protokollen über die Ministerpräsidentenkonferenz vom 6./7. 6. 1947, deren Einsicht ich verweigern soll; will nicht zur Ruhe kommen. Es gibt über die Konferenz keine geheimen Protokolle. Die Konferenz war öffentlich, alles, was dort gesprochen und beschlossen worden ist, ist gedruckt und veröffentlicht.

Eine Besonderheit gilt für die nichtöffentliche Vorkonferenz vom 5.6.1947 abends. In dieser Vorkonferenz sollte nur die Frage der Tagesordnung besprochen werden. Es gibt kein Wortprotokoll über diese Vorkonferenz, dagegen ist eine Niederschrift über die wesentlichen Punkte angefertigt worden. Diese Niederschrift wurde nicht veröffentlicht und zwar auf Wunsch der Vertreter der französischen Zone.

Der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Herr Boden, betonte in seinen Ausführungen, dass er und seine Kollegen aus der französischen Zone nur die Genehmigung zur Teilnahme erhalten hätten, um wirtschaftliche Fragen zu besprechen. Durch eine Debatte über andere Fragen würden sie in eine schwierige Lage gebracht. Er deutete an, dass sie damit rechnen müssten, von der Konferenz abberufen zu

werden.

Diese Ausführungen sollten mit Rücksicht auf die damalige durch die Besatzung bedingte Lage nicht öffentlich bekannt werden. Es wurde sogar nachträglich der Wunsch geäußert, dass diese Bemerkungen aus der Niederschrift entfernt werden sollten. Dazu wäre aber die Zustimmung der anderen Ministerpräsidenten notwendig gewesen. Aus diesen Gründen wurde die Niederschrift zurückgehalten und nicht veröffentlicht.

Die Niederschrift befindet sich wohl noch bei den Akten der Bayerischen Staatskanzlei. Ich selbst habe nach Ablauf eines gewissen Zeitraums auf Anfrage erklärt, dass ich nichts dagegen einzuwenden habe, wenn jetzt unter ganz veränderten Verhältnissen die Einsicht für wissenschaftliche Arbeiten gestattet würde.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen noch ein Zweites sagen, was ich in meinem Brief vom 7.5.1972 angedeutet habe. Die Ministerpräsidenten der sowjetisch besetzten Zone hatten vor der Konferenz wiederholt Zusammenkünfte und waren sich auf Weisung ihrer Partei darüber einig, die Konferenz unter allen Umständen zu sprengen. Zunächst dachte man daran, überhaupt nicht zu kommen und dann entschloss man sich dazu, den bewussten Antrag zur Tagesordnung zu stellen, der bei einer Diskussion die Konferenz zum Scheitern hätte bringen müssen.

Über die Vorgänge in der sowjetisch besetzten Zone habe ich gerade in der letzten Zeit einen Artikel in der Augsburger Allgemeinen gelesen, der sehr aufschlussreich ist. Ich werde versuchen, diesen Artikel zu beschaffen und werde ihn dann Ihnen zuschicken.

Die erwähnte Niederschrift stammt übrigens nicht von Herrn Dr. Hoegner, sondern wurde von dem damaligen Ministerialdirektor Seelos angefertigt.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebener

Klaus Gysi